

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	32. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	22. November 2016, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

27.

Punkt 24 der Tagesordnung: (Ko)-Finanzierung der KOD-Aufstockung durch das Land Baden-Württemberg

Gemeinsamer Antrag der Stadträte Tom Høyem (FDP) sowie der FDP-Gemeinderatsfraktion, Friedemann Kalmbach und Eduardo Mossuto (GfK), Jürgen Wenzel (FW) und Stefan Schmitt (pl) vom 7. Oktober 2016

Vorlage: 2016/0606

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 24 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Hock (FDP): Da wir letztens hier im Gemeinderat ausführlich über den KOD gesprochen haben und angesichts der Zeit, die schon vorangeschritten ist, möchten wir trotzdem, Herr Oberbürgermeister, darauf hinweisen, dass wir mit Ihrer Antwort definitiv nicht zufrieden sind. Wir hätten wenigstens erwartet, dass man uns sagt, man hat mit dem Land Gespräche geführt und hat vom Land eine negative Bescheidung dieser Bitte bekommen. Das wäre das Mindeste gewesen, was wir erwartet hätten zu diesem Antrag. Deshalb muss ich ganz ehrlich sagen, ich bin damit nicht zufrieden. Ich wünsche mir trotzdem, dass Sie nochmals in Gespräche mit dem Land gehen und die Landesregierung darauf hinweisen, dass wir in diesem Bereich Gelder ausgeben, die eigentlich unseres Erachtens auch eine Mitfinanzierung des Landes auf jeden Fall rechtfertigt.

Der Vorsitzende: Wenn es Ihnen recht ist, sage ich Ihnen das zu. Wir schreiben noch einmal und bitten um Darstellung, wie auf das Thema Sicherheit vom Land allgemein reagiert wird. Dann kann sich das Land zu KOD und zu Polizei separat im selben Antwortschreiben äußern. Dann macht es auch wieder Sinn, wenn das jetzt ein Angebot wäre an der Stelle.

Herr Döring, Sie wären sonst der Nächste, ist das okay? Gibt es sonst noch Wortmeldungen? Herr Stadtrat Fostiropoulos erzählt uns doch noch was.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Einen Satz dazu muss ich schon sagen. Das ist so ein typischer Antrag, wo man sich an den Kopf langt und sagt, was will den die FDP und einige Kollegen? Wollen sie, dass wir einen Antrag an das Land stellen, den Polizeipararat, der Landessache ist, jetzt abzubauen, um jetzt KOD's zu finanzieren? Wie unsinnig ist so etwas, überhaupt so etwas zu stellen.

Der Vorsitzende: Ich habe es auch anders formuliert. Ich glaube aber auch, dass es so nicht drin steht, sondern dass wir darauf hinweisen, dass nach Auskunft der Polizei, so habe ich Sie verstanden, hier durchaus Aufgaben ergänzend übernommen werden, die sonst die Polizei machen müsste. Das wäre die Argumentation zu fragen, wie sieht es denn hier mit diesen Fragen aus. So habe ich Sie verstanden. Jetzt hat sich Herr Stadtrat Wenzel noch gemeldet.

Stadtrat Wenzel (FW): Sie haben absolut recht mit Ihrer Umformulierung. Darum geht es uns eigentlich. Ich habe geahnt, dass noch ein Vorredner genau das sagt, was Kollege Niko Fostiropoulos sagt. Es ist ganz einfach so: Vor kurzem haben wir lesen müssen, dass aufgrund des 1968er-Problems sehr viele Polizisten des Landes und des Bundes in Pension gehen. Um diese aufzustocken reichen nicht mal 10.000 bis 15.000 Stellen bundesweit. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Stadt reagieren. Sie haben es auch gesagt, wir fragen nach und hoffen darauf, dass schon aus diesen Gründen etwas besser wird.

Stadtrat Schmitt (pl): Herr Fostiropoulos, das war nun keine Schnapsidee von uns, sondern wir hatten zwei Gespräche mit den Kollegen von der Landespolizei. Dabei war der stellvertretende Polizeipräsident und der Pressesprecher. Wir sind in dieses Gespräch gegangen mit der Ankündigung, dass es im Gemeinderat eine Fraktion gibt, die für die Abschaffung des KOD plädiert und wollten dann einfach mal die Meinung der Kollegen von der Polizei hören. Die haben sich erschrocken angeschaut und uns dann erklärt, das geht nicht. Die haben uns erklärt, welche Aufgaben der KOD für die Landespolizei übernimmt. Die Landespolizei erhält Anrufe von Bürgern, die irgendein Problem haben. Die Einsatzzentrale der Landespolizei entscheidet dann, ob dort ein Polizist mit Pistole hingehen muss oder ob man den KOD beauftragen kann. Dann sind wir zu der Überzeugung gekommen, wenn der KOD der Landespolizei Arbeit abnimmt, dann könnte sie sich bitteschön auch an den Kosten für unseren KOD beteiligen. Unser Problem ist, dass die Landespolizei das eben nur im engen Zirkel so verkündet und bisher nicht bereit war, das auch mal öffentlich zu sagen.

Der Vorsitzende: Wir haben jetzt eine Lösung gefunden. Dann können wir den Tagesordnungspunkt abschließen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
12. Dezember 2016